

Waffenverbotszone in Frankfurt am Main

Zwischen Kriminalität und Kontrolle

Bei Sicherheit und Ordnung denken immer noch viele Menschen an „Law and order“ – also an jede Menge Polizei, Kameras und Kontrollen. Darüber hinaus diskutieren in letzter Zeit einige Städte vermehrt über die Einführung einer Waffenverbotszone. Dahinter verbirgt sich Symbolpolitik, die im schlimmsten Fall sogar Unsicherheit schafft. Wie eine grüne Antwort aussehen kann, darüber hat sich die Stadtratsfraktion im Frankfurter Römer Gedanken gemacht.

> Christoph Rosenbaum

Die Polizei in Frankfurt am Main hatte die Waffenverbotszone für das Bahnhofsviertel östlich vom Hauptbahnhof auf einer Fläche von 0,258 Quadratkilometern vorgeschlagen. Die Argumente der Polizei, wie auch von Betroffenen und anderen Kommunen dazu, ob und in welcher Form eine solche Zone Sinn macht, haben wir lange abgewogen.

Das Bahnhofsviertel ist im ständigen Wandel und diese Vielfalt macht seinen Reiz und seine Attraktivität aus. Es ist aber unumstritten, dass die Situation hier, am Eingangstor in die Stadt, nicht akzeptabel ist. Die Herausforderungen bestehen schon lange und sind komplex. Sie reichen von Drogen, Prostitution über Kriminalität, Alkohol und Vermüllung bis hin zu Gentrifizierung, Immobilienleerstand und Problemen der Gewerbetreibenden. Das Frankfurter Bahnhofsviertel bildet schon seit vielen Jahren einen polizeilichen Schwerpunkt und es zeigt sich eine Tendenz der Konzentration der Delikte über die letzten drei Jahre. Die Situation ist nicht über Nacht entstanden und ebensowenig über Nacht lösbar.

Was ist eine Waffenverbotszone?

In einer Waffenverbotszone soll von Geldbußen eine präventive Wirkung ausgehen. Außerdem gibt sie der Polizei die Möglichkeit, an Kriminalitätsschwerpunkten verdachtsunabhängige Kontrollen durchzuführen und zum Beispiel Messer beschlagnahmen und dauerhaft einziehen zu können. Aber ist das überhaupt nötig?

Schon der Begriff Waffenverbotszone ist nämlich irreführend: Er suggeriert, dass man bislang völlig problemlos schwer oder leicht bewaffnet durch Frankfurt laufen dürfe. Das stimmt natürlich nicht – das deutsche Waffenrecht gilt nicht ohne Grund als ziemlich streng. Soll heißen: Auch ohne Waffenverbotszone darf man zum Beispiel in der Öffentlichkeit nicht mit Pistolen, Gewehren oder längeren Messern in der Tasche spazieren gehen. Wer eine Waffenverbotszone hinterfragt, heißt also nicht automatisch das Tragen von Waffen gut oder will Zustände wie in manchen Teilen der USA.

Ein Problem ist auch die Definition dessen, was als Waffe oder waffenähnlicher Gegenstand gegenüber dem ohnehin bestehenden Waffengesetz zusätzlich verboten wäre: Viele Frauen und auch obdachlose Menschen schützen sich mit Pfefferspray. Das erhöht nicht nur die reale, sondern auch die empfundene Sicherheit. Gleichzeitig wird ein großer Anteil der Waffendelikte im Frankfurter Bahnhofsviertel mit Pfefferspray verübt.

Schon dieses Beispiel führt die Sinnhaftigkeit der Waffenverbotszone ad absurdum: Pfefferspray im Rahmen einer Waffenverbotszone zu verbieten, untergräbt die Möglichkeit zur Selbstverteidigung und das Sicherheitsgefühl – eine Ausnahme für Pfefferspray macht die Waffenverbotszone aber zu einem zahnlosen Tiger, wenn man die tatsächlich begangenen Delikte betrachtet.

Fakt ist darüber hinaus in Frankfurt: Ungefähr die Hälfte aller Waffendelikte finden tagsüber statt, eine Waffenverbotszone würde aber nur von 21 bis 5 Uhr gelten.

Mehr Racial-Profilung durch anlasslose Kontrollen

Ein gewichtiges Argument ist, dass Waffenverbotszonen es der Polizei einfacher machen, die Einhaltung von Regeln zu kontrollieren. Wie häufig kontrolliert wird, das hängt aber in Frankfurt nicht an einer Zone. Die Frequenz der Kontrollen wurde stadtweit bereits erhöht und damit auch die Wahrscheinlichkeit, Gewalttaten zu verhindern. Wenn nun in einer Waffenverbotszone auch anlasslose Kontrollen häufiger würden, dann bekämen wir zwangsläufig auch mehr Fälle von Racial-Profilung. Menschen allein aufgrund ihres Äußeren oder ihrer angenommenen Gruppenzugehörigkeit polizeilich zu kontrollieren, verstärkt das Misstrauen gegenüber der Polizei. Und für die Betroffenen schafft es neue Angsträume im Bahnhofsviertel, anstatt sie abzubauen. Wir schätzen es sehr, dass auch die Polizei das erkannt und Maßnahmen ergriffen hat, intern zu sensibilisieren.

Das Henne-Ei-Problem der Delikt-Statistik

Die Polizei Frankfurt hatte eine Waffenverbotszone im Wesentlichen damit begründet, dass die Waffendelikte (von 102 auf 239) und die Gewaltdelikte (von 454 auf 929) sich von 2019 bis 2021 im Bereich der geplanten Zone verdoppelt

haben. Diese Zahlen wirken auf den ersten Blick eindeutig – definitiv muss hier etwas getan werden. Eine Waffenverbotszone sehen wir aber als das falsche Mittel.

Die Zahlen sind auch immer in der Relation von Kontrollen und Straftaten zu sehen. Hier gibt es eine Art Henne-Ei-Problem: Wenn es mehr Kontrollen gibt, werden auch mehr Delikte entdeckt, obwohl ihre tatsächliche Anzahl vielleicht nicht oder viel geringer gestiegen ist. Gleichzeitig haben Kontrollen nur bedingt eine abschreckende Wirkung und es steht die Frage im Raum, ob nicht Polizeipräsenz allein zu diesem Ziel reicht. Solche Zahlen sollten also immer ganz genau betrachtet und kontextualisiert werden.

Wenn man sich in der Frankfurter Polizeilichen Kriminalstatistik von 2021 die gesamten Straftaten im Bahnhofsgelände anschaut, dann ist es sogar irreführend einen Anwuchs von 2019 auf 2021 zu betonen, weil der Anstieg bei Betrachtung des Median der letzten zehn Jahre überhaupt nicht erheblich ist.

Waffenverbotszonen in anderen Städten

Aus diesem Grund hat die Stadt Leipzig ihre Waffenverbotszone auch wieder zurückgenommen: „Die Evaluierung hat gezeigt, dass die Waffenverbotszone in der Eisenbahnstraße zwar als zusätzliches Instrument zur Senkung bewaffneter Angriffe beitrug, aber dennoch kaum positive Auswirkungen auf das übrige Kriminalitätsgeschehen hat“. Des Weiteren hat unsere Recherche keine Evaluationen aus anderen Städten hervorgebracht, die eine Einführung einer Waffenverbotszone als Erfolg bewerten. Hamburg hatte 2007 im Bereich der Reeperbahn und des Hansaplatzes als erste deutsche Stadt eine Waffenverbotszone. In Köln und Düsseldorf gibt es solche an den Wochenenden und Feiertagen. Parallel zu den Diskussionen in Frankfurt wurde in Stuttgart eine Waffenverbotszone eingeführt. Die Grüne Fraktion in Stuttgart kritisiert eine Lücke im Bundesgesetz. Die Polizei darf Waffen beschlagnahmen, aber Messer bisher nicht, auch wenn diese als Waf-



Waffenverbotszone in der Düsseldorfer Altstadt

Foto: Kürschner / Wikimedia

fen benutzt werden können. Mehr als 40 Prozent von Straftaten ereignen sich in Stuttgart in den Abend- und Nachtstunden des Wochenendes. Die Verbotzone gilt in Stuttgart deswegen freitags und samstags in den Abend- und Nachtstunden sowie vor Feiertagen in der Zeit von 20 bis 6 Uhr. Da die Verbotzone auf zwei Jahre begrenzt ist, hofft die Fraktion, dass bis dahin das Waffengesetz bundesweit für Klarheit sorgt.

Was ist die Alternative?

Als Grüne Fraktion in Frankfurt am Main sind wir zu dem Schluss gekommen, dass wir uns gegen die Einrichtung einer Waffenverbotszone aussprechen. Sie hat nur symbolischen Charakter und verhindert keine Kriminalität. Stattdessen setzen wir auf Prävention. Im Bahnhofsviertel brauchen wir mehr Sichtbarkeit, Ansprechbarkeit und weiterhin eine hohe Präsenz der Polizei. An sie müssen sich die Menschen im Viertel direkt und niederschwellig wenden können. Deswegen braucht es parallel noch mehr Sensibilisierungsmaßnahmen in Bezug auf Racial-Profilung und den Umgang mit vulnerablen Gruppen.

Mit einem neuen Koordinierungsbüro bei dem die Dezernate Soziales, Gesundheit und Sicherheit zusammenarbeiten, haben wir in Frankfurt eine städtische Schaltzentrale mitten im Bahnhofsviertel etabliert. Das Koordinierungsbüro schlägt damit eine wichtige Brücke zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik, denn die Herausforderungen müssen übergreifend bearbeitet werden.

Damit haben wir vor Ort zentrale städtische Ansprechpersonen für Anliegen und Ideen zur Verbesserung der Situation im Frankfurter Bahnhofsviertel. Zum anderen können damit die bereits auf vielen verschiedenen Ebenen stattfindenden Prozesse für eine Verbesserung der Gesamtsituation im Viertel unterstützt und zusammengeführt werden. Und letztendlich können mit seiner zentralen Lage und den Kontakten schnell neue Entwicklungen erkannt und darauf reagiert werden.

> Dr. Christoph Rosenbaum ist Stadtverordneter für „Die GRÜNEN im Römer“ in Frankfurt am Main und unter anderem sicherheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion.